

Alarm: Aktivisten warnen vor geheimen Rückführungen von Uiguren nach China

Besorgnis herrscht, da Aktivisten warnen, Thailand könnte heimlich 48 geflüchtete Uiguren nach China abgeschoben haben. Ihre Rückkehr könnte Folter und Inhaftierung bedeuten.



Bangkok, CNN - Dutzende von Uiguren, die in Thailand festgenommen wurden, nachdem sie aus China geflohen waren, könnten heimlich in ihr Heimatland deportiert worden sein. Aktivisten und Menschenrechtsgruppen warnten, dass sie bei ihrer Rückkehr Folter und Haft ausgesetzt sein könnten.

Hintergrund der Festnahmen

Die 48 Männer wurden vor 11 Jahren von thailändischen Behörden verhaftet, als sie die Grenze nach Thailand überquerten, um der Verfolgung in China zu entkommen.

Seitdem befanden sie sich in Haft und rechtlichem limbo.

Berichte über mögliche Deportation

Am Donnerstag zitierte der thailändische Oppositionsabgeordnete Kannavee Subsang unbezeichnete Berichte, die darauf hindeuteten, dass es „sehr wahrscheinlich“ sei, dass die Gruppe am Donnerstagmorgen nach China zurückgeschickt wurde. Subsang veröffentlichte Bilder auf seiner Facebook-Seite, die sechs Transporter mit abgedeckten Fenstern zeigen, die das Einwanderungszentrum in Bangkok verließen, wo die Gruppe vermutet wurde, dass sie festgehalten wurde.

Aktivisten machen sich Sorgen

Der Aktivist Arslan Hidayat, der im Rahmen der Kampagne „Justice for All’s Save Uyghur“ arbeitet, teilte CNN mit, dass er regelmäßigen Kontakt zu einem der festgehaltenen Männer gehabt habe, aber seit Montagmorgen nichts mehr von ihm gehört habe. „Ich habe mit einer Nachricht gerechnet, aber als nichts kam, habe ich versucht, ihn anzurufen und ihm zu schreiben, doch es kam keine Antwort“, sagte Hidayat.

Vorwürfe gegen China

Die Repression der Uiguren und anderer überwiegend muslimischer ethnischer Minderheiten in Chinas westlicher Region Xinjiang wurde von den USA und anderen Ländern als „Völkermord“ bezeichnet. Es gibt weitreichende und glaubwürdige Berichte über willkürliche Inhaftierungen, **Massenüberwachung**, **Zwangsarbeit** und Beschränkungen der Bewegungsfreiheit – Vorwürfe, die China entschieden zurückweist.

Offizielle Reaktionen

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete, dass 40

chinesische Staatsbürger, die illegal die Grenze nach Thailand überquert hatten, am Donnerstag deportiert und nach China zurück geschickt wurden. Der Bericht, der sich auf das Ministerium für öffentliche Sicherheit stützte, machte keine Angaben zur ethnischen Zugehörigkeit oder anderen identifizierenden Details der Deportierten. „Die diesmal deportierten chinesischen Staatsbürger wurden von kriminellen Organisationen angelockt, illegal aus dem Land ausgereist und anschließend in Thailand gestrandet“, erklärte das Ministerium in einer schriftlichen Frage-Antwort-Runde.

Thailand und der Umgang mit Flüchtlingen

Thailands Premierministerin Paetongtarn Shinawatra bestätigte auf Anfrage von Journalisten nicht, dass Deportationen stattgefunden hätten. „In jedem Land der Welt müssen die Handlungen den Prinzipien des Rechts, internationalen Verfahren und Menschenrechten entsprechen“, sagte sie. Der thailändische Nationalpolizeikommissar Kitrat Phanphet lehnte ebenfalls eine Stellungnahme zu den Berichten ab und nannte Sicherheitsgründe.

Anhaltende Besorgnis

Thailand ist nicht Vertragsstaat der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und erkennt das Konzept des Asyls nicht an. Das südostasiatische Königreich hat eine Geschichte der Rückführung von Flüchtlingen über seine Grenzen und der Deportation von Dissidenten. Im Jahr 2015 deportierte Thailand 100 Uiguren nach China, was internationaler Empörung auslöste. Das Schicksal und der Verbleib dieser Rückgeführten sind unbekannt, berichteten UN-Experten.

Internationaler Druck auf Thailand

Human Rights Watch teilte mit, dass etwa 40 Uiguren von der

thailändischen Regierung an chinesische Beamte in Bangkok übergeben worden seien, die sie dann nach China schickten, ohne eine Quelle zu nennen. „Die Überstellung der uigurischen Häftlinge an China durch Thailand stellt einen groben Verstoß gegen Thailands Verpflichtungen aus nationalem und internationalem Recht dar“, sagte Elaine Pearson, Asia-Direktorin von Human Rights Watch (HRW). „Die Männer sehen sich in China einem hohen Risiko von Folter, erzwungener Verschleppung und langfristiger Haft ausgesetzt.“

Forderungen nach sofortigem Handeln

Der Welt-Uiguren-Kongress, eine internationale Interessensvertretung, forderte die thailändische Regierung am Mittwoch auf, die geplante Deportation von 48 Uiguren nach China „sofort zu stoppen“. US-Beamte äußerten „tiefe Besorgnis“ über die Berichte. „Diese Personen sind einem glaubhaften Risiko von Inhaftierung, Folter oder Tod bei der Rückkehr zu einem Regime ausgesetzt, das die Uiguren systematisch durch Masseninternierung, Zwangsarbeit und andere schwerwiegende Misshandlungen verfolgt hat“, sagten John Moolenaar und Raja Krishnamoorthi.

Die inhaftierten Männer gehörten zu einer größeren Gruppe von etwa 350 Personen, die 2014 festgenommen wurden, von denen einige Minderjährige waren. Berichten zufolge sind fünf uigurische Häftlinge, darunter ein Neugeborenes und ein 3-jähriger, in Haft gestorben. Zu Beginn des Jahres 2023 teilte Aktivist Hidayat eine **Sprachnachricht** von einem der Häftlinge, der berichtete, dass die Männer seit dem 10. Januar im Hungerstreik seien, um gegen die Deportation zu protestieren. Die Häftlinge haben gesagt, sie wünschten sich, in ein drittes Land gesendet zu werden und „in Frieden“ mit ihren Familien zu leben.

Zu den prominenten Stimmen, die Druck auf Thailand ausüben, gehört der US-Außenminister Marco Rubio, der während seiner Bestätigungsanhörung im Senat erklärte, er werde bei Bangkok

gegen die Deportation der Uiguren lobbyieren.

Das Büro von CNN in Peking hat zur Berichterstattung beigetragen.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at